



HESSISCHER LANDTAG

03.11.2011

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

**Änderungsantrag
der Fraktionen der CDU und der FDP
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)
Drucksache 18/4400**

Einzelplan 05 Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 05 Vollzugsanstalten
Buchungskreis: 2450

lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan

Plan-/Stellenveränderungen:

Neue Plan-/Stellen	Weggefallene Plan-/stellen	von	um	auf
Stellen für Obersekretärinwärter/innen im Justizvollzugsdienst		181,5	+25,0	206,5
Stellen vglb. Höherer Dienst		9,5	+4,0	13,5
Stellen vglb. Gehobener Dienst		29,0	+2,0	31,0
Stellen vglb. Mittlerer Dienst		133,0	+6,0	139,0

Sonstige Veränderungen:

Ausbringung eines Haushaltsvermerks bei Besoldungsgruppe A 7 Obersekretärinwärter/in im Justizvollzugsdienst:
„Davon 25 ku nach Besoldungsgruppe A 7 Obersekretär/in im Justizvollzugsdienst in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 mit Bestehen der Laufbahnprüfung des/der Stelleninhabers/in“.

Ausbringung eines Haushaltsvermerks bei Tarifbeschäftigten vglb. mittlerer Dienst:
„Davon 6 ku nach Besoldungsgruppe A 7 Obersekretär/in im Justizvollzugsdienst im Haushaltsjahr 2014.“

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2011 sind die Länder gehalten, die Bevölkerung auch in Zukunft vor gefährlichen Gewalt- und Sexualstraftätern zu schützen und gleichzeitig die Bedingungen für eine freiheitsorientierte und therapiegerechte Unterbringung zu schaffen.

Für die Interimszeit bis zur Neuordnung der Sicherungsverwahrung besteht bereits für das Haushaltsjahr 2012 ein zusätzlicher Bedarf an Stellen, der bislang in das Haushaltsaufstellungsverfahren für das Haushaltsjahr 2012 keinen Eingang gefunden hat.

Zusammengefasst handelt es sich um folgende Stellen:

25 Stellen für Obersekretärwärter/innen im Justizvollzug
6 Stellen der Entgeltgruppe 6 für den allgemeinen Vollzugsdienst – AVD
4 Stellen der Entgeltgruppe 14 für Psychologen/innen
2 Stellen der Entgeltgruppe 10 für Sozialarbeiter/innen

Wiesbaden, 03.11.2011

Für die Fraktion der CDU
Der Parl. Geschäftsführer
Holger Bellino

Für die Fraktion der FDP
Der stellv. Fraktionsvorsitzende
Wolfgang Greilich